

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

22. Oktober 2010 - Nr. 34

Gastkommentar der
Wiener Frauengesundheitsbeauftragten
Beate Wimmer-Puchinger

SPÖ kämpft für sozial gerechtes Budget

Asyl: Neues Bundesamt für besseren Vollzug

Während die Tage immer kühler werden, sind die Budgetverhandlungen in der heißen Phase. Momentan wird praktisch rund um die Uhr diskutiert und verhandelt, das Budget ist in der Zielgeraden. Für die SPÖ steht unverrückbar fest: Die Budgetanierung muss sozial gerecht und ausgewogen sein, sie darf die Kaufkraft nicht schwächen.

Tragische Fehler im Vollzug des Asylrechts wie die Abschiebung der Familie Komani bewegten und berührten in den letzten Wochen das ganze Land. Um die erstinstanzlichen Kompetenzen zu bündeln und damit das Risiko von Fehlentscheidungen zu minimieren, hat sich die SPÖ für ein Bundesamt für Asyl und Migration stark gemacht. Und das mit Erfolg: Das Bundesamt für Asyl und Migration wurde im letzten Ministerrat beschlossen und wird ab 2013 einen einheitlicheren, effizienteren und damit auch humaneren Vollzug des Fremdenrechts gewährleisten.

Eure Redaktion

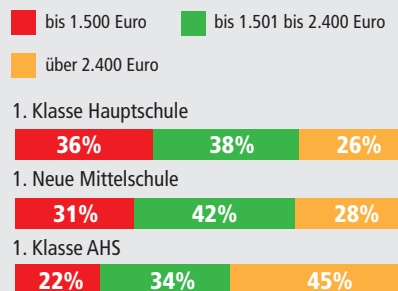
Highlights der Woche

Budget in der Zielgeraden	4
Neue Lehrerausbildung	5
Asyl und Migration	6
Einkommenstransparenz	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Beate Wimmer-Puchinger, Wiener Frauengesundheitsbeauftragte	14

THEMEN DER WOCHE

Elterneinkommen bestimmt Schullaufbahn

Anteil der Schüler nach Netto-Familieneinkommen



Faire Bildungschancen durch Neue Mittelschule

Eine aktuelle Studie bestätigt erneut: Je weniger Eltern verdienen, desto häufiger finden sich ihre Kindern in Hauptschulen – Sprösslinge gut verdienender Eltern wiederum gehen häufiger in eine AHS-Unterstufe. In der Neuen Mittelschule hingegen sind Kinder von Viel- und Wenigverdienern gleichermaßen stark vertreten. Die Neue Mittelschule sorgt also für faire Bildungschancen – unabhängig vom Einkommen der Eltern. ♦

Kritik an „Steuerlawine“-Inseraten der Industriellenvereinigung

Scharfe Kritik übt SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer an Inseraten der Industriellenvereinigung, die seit Wochen vor einer „Steuerlawine“ warnen. Krainer: „Manche sagen, Österreich ist ein Hochsteuerland. Ja, aber nur für jene, die für ihr Geld arbeiten gehen.“ Wer andere oder Geld für sich arbeiten lässt, zahlt wenig bis gar keine Steuern. Insofern seien die von der Industrie finanzierten Inserate „schäbig“, so der SPÖ-Abgeordnete. ♦



Knie

SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn Regner will ein Europa mit Vorbildwirkung: „Wir müssen EU-weit zeigen, wie die FTS gerecht und sinnvoll umgesetzt werden kann.“

Kein Abweichen von der Finanztransaktionssteuer

Nach den Vorschlägen von EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta macht sich in Europa die Tendenz bemerkbar, von einer Finanztransaktionssteuer (FTS) abzusehen. Eine FTS sei nur global sinnvoll, andernfalls würde Kapital abwandern, so Semeta. Eine Behauptung, die Studien und konkrete Erfahrungswerte klar widerlegen. Für die SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner ist das „ein reines Ablenkungsmanöver und es zeigt, dass die Kommission nervös wird“. Die FTS nur global zu fordern, bedeute „freundlich ‚Nein‘ dazu zu sagen“. ♦

Zitat der Woche

„Recht muss Recht bleiben. Aber in dem Sinne, dass die Innenministerin einen rechtskonformen Vollzug sicherstellen muss. Im Fall der Zwillinge, die in den Kosovo abgeschoben wurden, war die Abschiebung klar rechtswidrig.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

BAWAG-Prozess: Kein Ruhmesblatt für Bandion-Ortner

Nach der Kritik der Generalprokuratur an den Urteilen im BAWAG-Prozess spielt die damalige Richterin und jetzige Justizministerin Bandion-Ortner die Fehler herunter.

Nach Ansicht der Generalprokuratur gibt es schwerwiegende Bedenken gegen die von der damaligen Richterin gefällten Urteile im BAWAG-Prozess. „Man kann nicht erwarten, dass in einem so riesigen Verfahren keine Fehler passieren“, versucht Bandion-Ortner die Fehler herunterzuspielen. Ein Verteidigungsversuch, den SPÖ-Klubobmann Josef Cap aufs Schärfste kritisiert: „Diese Äußerung stei-

gert nicht gerade das Vertrauen in die Justiz. Das heißt im Umkehrschluss ja, dass man in allen großen Verfahren Fehler erwarten muss.“ ♦

Für SPÖ-Klubobmann Josef Cap steht fest: „Sollte der Oberste Gerichtshof der Ansicht der Generalprokuratur folgen, dann ist das keine Werbeveranstaltung für die ehemalige Richterin Bandion-Ortner.“



Rigaud



In Zahlen gegossene Politik

Bei einer Regierungsklausur in der Steiermark wird mit dem Koalitionspartner über die Konsolidierung des Budgets verhandelt. Es geht um die zentrale Frage, welche Prioritäten in einem Budget nach der Krise gesetzt werden. Die SPÖ kämpft für ein sozial ausgewogenes und gerechtes Budget.

Zwar ist die Wirtschaftskrise noch nicht ausgestanden, die Prognosen der Wirtschaftsforscher geben allerdings Anlass zur Hoffnung, dass wir uns in Richtung Aufschwung bewegen. Allen Unkenrufen zum Trotz, der Staat sei zum Nachwächter verkommen und habe seine Fähigkeit zum Steuern längst eingebüßt, wurden in Österreich die richtigen Maßnahmen gesetzt. Die Regierung hat sich der Krise auf vielen Ebenen und mit international beachtetem Erfolg entgegen gestellt. Die renommierte „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ wies erst diese Woche darauf hin, dass unser Land die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Europa vorweisen kann und „nah an der Vollbeschäftigung“ ist. Gleichzeitig konnte die Maskenkraft erhalten werden.

Im Klartext: Ein aktiver Staat hat mit den richtigen Maßnahmen zur richtigen Zeit die Wirtschaft angekurbelt. Nun geht es darum, ebenfalls zur richtigen Zeit die richtigen Konsolidierungsmaßnahmen zu setzen. Ohne das Wachstum und die Kaufkraft zu gefährden. Und gleichzeitig die EU-Vorgaben einzuhalten, um ausschließen zu können, dass unser Haushalt Opfer von Finanzspekulationen wird. Jetzt gilt es auch, die richtigen Fragen zu stellen: Wo können wir sparen – und wo ganz sicher nicht? Wo sind zusätzliche Einnahmen vorstellbar – und wo nicht? Klar ist, und das ist aus Sicht der Sozialdemokratie sicher das wichtigste Signal, dass wir in der jetzigen Situation jene nicht aus der Pflicht nehmen werden, die die Kri-

se mitverursacht haben. Banken und Spekulanten werden ihren Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts leisten müssen.

Seit längerem ist klar, dass die Budgetverhandlungen mit der Volkspartei kein Kinderspiel sein werden. Zu unterschiedlich sind die Zugänge, zu verschieden die Herangehensweisen. Am Ende der Verhandlungen wird ein Kompromiss stehen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich nicht eine



Banken und Spekulanten werden ihren Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts leisten müssen.

rote Linie durch das Budget ziehen wird: Jene, die mehr haben, sollen einen größeren Beitrag leisten. Es muss einen Teuerungsausgleich für die Bezieher kleiner Pensionen geben. Es darf zu keiner Erhöhung der Mehrwertsteuer kommen. Und es dürfen auch die unsozialen Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden.

Österreich ist mit seinen guten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialdaten in einer vergleichsweise beneidenswerten Si-

„Budgetplanung ist in Zahlen gegossene Politik. Auf Basis unseres sozialdemokratischen Wertekatalogs achten wir darauf, die richtigen Maßnahmen zu setzen.“

tuation. Das muss auch so bleiben. In vergleichbaren europäischen Ländern sieht die

Situation leider anders aus:

Frankreich ist nach tagelangen Massendemonstrationen gegen die geplante Pensionsreform mehr oder weniger lahm gelegt, in mehreren Großstädten reagierte die wütende Bevölkerung mit Krawallen und gewalttätigen Ausschreitungen auf die Sparpläne der Regierung. In Spanien legte ein Generalstreik gegen Arbeitsmarktreformen Ende September das halbe Land lahm. In vielen Ländern sind Angst und Zorn groß – angesichts der angeordneten Maßnahmen durch die jeweiligen Regierungen nicht ganz zu unrecht.

Der soziale Frieden und der Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben Österreich zu einem europäischen Erfolgsmodell gemacht. Daran denken wir, wenn dieser Tage das Budget erstellt wird. Budgetplanung ist in Zahlen gegossene Politik. Auf Basis unseres sozialdemokratischen Wertekatalogs achten wir darauf, die richtigen Maßnahmen zu setzen. Unabhängig davon, ob es sich um Investitionsprogramme oder um Sparpläne handelt. ♦

FINANZEN

Budget in der Zielgeraden

Endspurt bei den Verhandlungen um den Bundeshaushalt: Die SPÖ und Bundeskanzler Werner Faymann stehen für ein sozial gerechtes Budget, das die Kaufkraft nicht gefährdet.

„Ein sozial gerechtes Budget ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich, seiner Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

gerecht und ausgewogen sein, sie darf die Kaufkraft nicht schwächen und auch jene müssen ihren Beitrag leisten, die die Krise mitverursacht haben. Eines ist für Bundeskanzler Werner Faymann klar: „Am Ende darf nicht stehen, dass die sozial Schwächeren oder die Menschen mit kleinen Pensionen die Verlierer der Sanierung sind.“ Als

Sparen nicht mit Kaputtsparen verwechseln

Auch bei der Parlaments-Debatte in der Woche der finalen Budget-Phase machten die SPÖ-Abgeordneten noch einmal klar, wie wichtig ein ausgewogenes und gerechtes Budget ist, das nicht auf die Zukunftsbereiche vergisst. So warnte Klubobmann Josef Cap u.a. davor, Bereiche wie Bildung kaputt zu sparen: „Alle Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft dieses Landes und eine Sicherung der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit Österreichs“, so Cap. Es war dahervöllig richtig, die aktuellen Wirtschaftsprognosen abzuwarten. Statt der ursprünglich prognostizierten 4,5 Prozent Defizit werden nun 4,1 Prozent in Aussicht gestellt. Das eröffnet Spielräume für wichtige Zukunftsbereiche und ist ein Beweis, dass ein aktiver Staat die Wirtschaft ankurbeln kann. Auch der wichtige Bereich Integration muss in Zukunft gestärkt werden, ist Cap überzeugt.

Zinner

Vor den negativen Folgen durch Einschnitte im Gesundheits- und Sozialbereich warnte GPA-Chef und SPÖ-Abgeordneter Wolfgang Katzian: „So schafft man keine Jobs, so stärkt man nicht die Kaufkraft,

sondern man gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung.“ Und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer erinnerte daran, dass besonders die schwarz-blaue Koalition wichtige Bereiche „ausgehungert“ habe. So wurde etwa an der Integration gespart, indem dringend notwendige Stützlehrer gestrichen wurden. Ähnlich bei der Sicherheit: Unzählige Polizeibeamte sind damals der „Sparwut“ zum Opfer gefallen. Gerade diese Bereiche dürfen in Zukunft nicht wieder ausgehungert werden. ♦



Bei Budgets geht es der SPÖ immer auch um soziale Gerechtigkeit. Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest: Wichtige Zukunftsbereiche müssen gestärkt und dürfen nicht kaputtgespart werden.

In den entscheidenden Tagen wird praktisch rund um die Uhr verhandelt: Das Budget für 2011 mit einem Budgetpfad bis 2014 ist in der Zielgeraden. Bei einer Klausur im steirischen Loipersdorf will die Regierung die entscheidenden Konfliktpunkte aus dem Weg räumen und das Paket aus ausgaben- und einnahmenseitigen Maßnahmen im Wesentlichen fixieren.

Die wichtigen Eckpunkte aus Sicht der SPÖ: Die Budgetsanierung muss sozial

Beispiel nannte Faymann die 1,6 Millionen Pensionisten, deren Pension unter 1.200 Euro liegt. Für Pensionen in dieser Größenordnung muss es einen Inflationsausgleich geben, machte Faymann deutlich. Auch ein Auslaufen der Hacklerregelung vor 2013, wie es die ÖVP immer wieder fordert, ist für den Bundeskanzler und SPÖ-Chef nicht akzeptabel. Schließlich geht es hier auch um den rechtlichen und politischen Vertrauensschutz, auf den die Betroffenen ein Anrecht haben.

LEHRERBILDUNG NEU

Ein weiterer Meilenstein ist auf gutem Weg

Sie soll noch in dieser Legislaturperiode starten und eine neue Generation von Lehrerinnen und Lehrern prägen. Die Rede ist vom Meilenstein der neuen Lehrerausbildung: Dieses gemeinsame Projekt von Bildungs- und Wissenschaftsministerium wird den Lehrberuf an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen und attraktive Perspektiven für die Lehrenden schaffen.



Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist klar: „Motivierte und leistungsorientierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel zum Bildungserfolg unserer Jugend.“

Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl arbeiten gemeinsam intensiv an der neuen Lehrerausbildung. Das Ziel der „LehrerInnenbildung NEU“ ist klar: Eine der Bologna-Struktur entsprechende durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgestimmte Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer auf tertiärem Niveau mit Aufnahmeverfahren. Umfassen soll die neue Lehrerbildung die Aus- und Weiterbildung der Lehrer, Kindergarten- und Sozialpädagogen. Für Bildungsministerin Claudia Schmied steht fest: „Der Lehrberuf ist ein Beruf mit Zukunft. Die LehrerInnenbildung NEU als gemeinsame Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen wird eine neue Generation von Lehrerinnen und Lehrern prägen.“

Bereits im März 2010 hat eine Experten-Gruppe unter Vorsitz des Bildungsexperten

Peter Härtel einen detaillierten Endbericht zur Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgelegt. Dieser Bericht, der zahlreiche Empfehlungen (z.B. Erarbeiten pädagogischer Kernkompetenzen für alle Lehrer, Einteilung der Ausbildung in die drei Phasen: Grundbildung, Berufseinstieg und postgraduale Weiterbildung) enthält, wurde in der Folge in rund 50 Gesprächsrunden intensiv diskutiert. Ministerin Schmied dazu: „Uns war wichtig, alle Beteiligten und Interessensgruppen aktiv in die Diskussion über dieses Jahrhundertprojekt einzubinden, um die Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen.“

Jahrhundertprojekt zügig umsetzen

Mitte November starten nun so genannte Stakeholder-Konferenzen mit dem Titel „LehrerInnenbildung NEU. Die Zukunft der

„Ich bin zuversichtlich, dass uns gemeinsam etwas Gutes gelingt.“

Bildungsministerin Claudia Schmied über die neue Lehrerausbildung

INFO

Übereinstimmung in vielen Punkten

Viele Punkte in Sachen neue Lehrerbildung sind bereits außer Streit gestellt – darunter:

- ▶ eine hochwertige Ausbildung aller pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau mit gemeinsamen Kernbereichen
- ▶ die hohe Durchlässigkeit des Systems (flexible Ein-, Aus- und Aufstiegsmöglichkeiten, auch für Quereinsteiger)
- ▶ die Möglichkeit zu einer frühen Berufspraxis
- ▶ Aufwertung der Kindergartenpädagogik und Primarstufe
- ▶ Kompetenzorientierung und Festlegung pädagogischer Kernkompetenzen

pädagogischen Berufe“. Ziel dieser Konferenzen in Linz, Innsbruck, Wien und Graz ist es, „über die Eckpunkte des Modells zu informieren und Klarheit und Kraft für die Umsetzung zu gewinnen“, bekräftigte die Bildungsministerin. Besonders erfreulich: Schon jetzt gibt es bezüglich der neuen Lehrerbildung viele Punkte, die bereits außer Streit stehen – z.B. die hohe Durchlässigkeit des Systems oder die Möglichkeit zur frühen Berufspraxis (siehe Info-Kasten). Für die Ministerin ist klar: „Wir müssen zügig und mit vereinten Kräften in die Umsetzung kommen. Ich bin zuversichtlich, dass uns gemeinsam etwas Gutes gelingt.“ ♦

ASYL UND MIGRATION

Schnelle und effi

Ein neu zu schaffendes Bundesamt für Asyl und Migration wird ab 2013 für einen einheitlichen, rascheren und somit humaneren Vollzug des Fremdenrechts sorgen.



picturdesk

Um tragische Fehler wie die Abschiebung der Komani-Zwillinge zu verhindern, wird künftig ein Bundesamt für Asyl und Migration für einen einheitlichen und humanen Vollzug des Fremdenrechts sorgen.

„Es ist unerträglich, wenn Fehlleistungen passieren, die solche Auswirkungen auf menschliche Schicksale haben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Fremdenpolizeirecht und Niederlassungsrecht werden in erster Instanz derzeit von 113 verschiedenen Behörden vollzogen. Beteiligt sind 84 Bezirkshauptmannschaften, 14 Magistrate, 14 Bundespolizeidirektionen und das Bundesasylamt. Frei nach dem Motto „Viele Köche verderben den Brei“ führte das bisherige Kompetenzen-Wirr-Warr zu Fehlleistungen im Vollzug: Dauer und Qualität der Entscheidungen in erster Instanz waren völlig unterschiedlich, es passierten Fehler. Jüngst konnte dies am Fall der kosovarischen Familie Komani beobachtet werden,

bei dem ein Vater samt seiner achtjährigen Zwillingstöchter abgeschoben wurde (siehe Kasten). Für Bundeskanzler Werner Faymann ist es „unerträglich, wenn Fehlleistungen passieren, die solche Auswirkungen auf menschliche Schicksale haben.“

Rascher, effizienter, humaner

Diese Probleme mit dem Vollzug des Fremdenrechtes gibt es nicht erst seit kurzem. Um einen einheitlichen und effizienten Vollzug zu gewährleisten, hat sich die SPÖ daher für ein Bundesamt für Asyl und Migration stark gemacht, das jetzt im Ministerrat beschlossen wurde. Die Vorteile eines Bundesamtes, in dem alle erstinstanzlichen Kompetenzen gebündelt werden, liegen auf der Hand.

„Die Umsetzung dieser SPÖ-Forderung sorgt für einen rascheren und effizienteren

„Die Umsetzung dieser SPÖ-Forderung sorgt für einen rascheren, effizienteren und damit auch humaneren Vollzug des Fremdenrechts.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

und damit auch humaneren Vollzug des Fremdenrechts. Das ist ein wichtiger Erfolg, der sowohl im Interesse von Asylwerbern als auch der Republik Österreich ist“, betont Verteidigungsminister Norbert Darabos.

Das Fremdenrecht wird künftig von Spezialisten des Bundesamtes für Asyl und Migration vollzogen und nicht mehr von Generalisten der einzelnen Bezirkshauptmannschaften. Das wird zu einheitlicher Dauer und Qualität der erstinstanzlichen Entscheidungen führen. ♦

ziente Verfahren

ZUM THEMA

Asylvollzug muss Grundrechte achten

Die Schicksale der Familie Komani und einer 14-jährigen Armenierin bewegten in den letzten Tagen das ganze Land. Im Fall Komani wurde ein Vater samt seiner beiden achtjährigen Zwillingstöchter in der Nacht von WEGA-Beamten von zu Hause abgeholt, in Schubhaft genommen und anschließend in den Kosovo abgeschoben. Die Mutter der Zwillinge befand sich währenddessen in Spitalsbehandlung. Die 14-jährige Armenierin, deren Verfahren bereits fünf Jahre andauerte, sollte direkt aus ihrer Schulklasse abgeholt und ebenfalls abgeschoben werden. Für SPÖ-Klubobmann Josef Cap wurde in beiden Fällen klar gegen den Artikel 8 der europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Familienleben) verstoßen.

Ein Aufschrei zahlreicher Hilfsorganisationen folgte: Amnesty International, Diakonie und die SOS-Kinderdörfer forderten alle Nationalräte in Briefen dazu auf, sich für eine

Aufnahme der Kinderrechtskonvention in die Verfassung stark zu machen. Das soll die Inhaftierung von Kindern – beispielsweise im Asyl-Vollzug – künftig verhindern. In den letzten Jahren scheiterte die Umsetzung der Kinderrechtskonvention an einer Blockade aller Oppositionsparteien.

Kinder gehören nicht ins Gefängnis

Cap formulierte die Position der SPÖ in seinem Antwortschreiben unmissverständlich: „Ihr Anliegen, dass Kinder nicht in ein Gefängnis gehören, teilen wir vollinhaltlich. Daher werden wir umgehend mit unserem Koalitionspartner in Verhandlung treten, um den Antrag zur Umsetzung der Kinderrechte [...] um eine diesbezügliche ausdrückliche Bestimmung zu ergänzen.“ Auch die Opposition zeigt sich nun gesprächsbereit. ◆



Rigaud

Die Abschiebung der kosovarischen Zwillingmädchen verstößt für SPÖ-Klubobmann Josef Cap klar gegen das Menschenrecht auf Familienleben.

ZUM THEMA

Umfassendes Paket gegen Lohn- und Sozialdumping

Die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für die neuen EU-Mitgliedstaaten tritt mit 1. Mai 2011 in Kraft. Um Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen, haben sich die Sozialpartner daher auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket geeinigt. „Durch das geplante Paket ist es in- und ausländischen Firmen nicht möglich, eine Entlohnung unter dem Niveau der Kollektivverträge anzubieten“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits, für die klar ist: „Menschen sollen für ihre Arbeit gerecht entlohnt werden.“

„Unterentlohnung wird Strafbestand“

In Zukunft soll „Unterentlohnung“ in Österreich beschäftigter Unselbstständiger zum Straftatbestand gemacht und mit einer Ver-

waltungsstrafe geahndet werden. Auch die heimische Wirtschaft profitiert von dem Maßnahmenpaket, sie wird vor unlauterem Wettbewerb geschützt. Weiters wird gewährleistet und sichergestellt, dass die vorgegebenen Abgaben und Sozialbeiträge ins Sozialsystem einbezahlt werden.

Rot-Weiß-Rot-Card

Durch die Rot-Weiß-Rot-Card sollen ab 2011 höchstqualifizierte Personen und Akademiker aus Nicht-EU-Staaten zur Verfügung stehen, die die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes erfüllen. Auch für Qualifizierte bzw. Facharbeiter aus Drittstaaten wollen die Sozialpartner die Zuwanderung ermöglichen. Diese Gruppe soll jedoch erst ab 1. Mai 2012 antragsberechtigt sein. Die Ergebnisse zur Rot-Weiß-Rot-Card sieht Sozialsprecherin Csörgits als Basis für weitere Gespräche zwi-

schen Sozial- und Innenministerium und den Sozialpartnern. ◆



Spiola

„Durch das geplante Paket ist es in- und ausländischen Firmen nicht möglich, eine Entlohnung unter dem Niveau der Kollektivverträge anzubieten“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits.

INFRASTRUKTUR

Klares Bekenntnis zum Koralmtunnel

Der Koralmtunnel wird weitergebaut. Diesen Entschluss hat die SPÖ gefasst, denn Österreich braucht eine solche Zukunftsinvestition.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter setzt sich für den Bau des Koralmtunnels ein.

Österreich profitiert vom Koralm-tunnel: Er ist das Kernstück der Koralmbahn und wird Kärnten in eine transeuropäische Achse einbinden sowie Städte wie Wien, Graz und Klagenfurt mit florierenden Industriegebieten verbinden. Dennoch stellen sich Kritiker

wie Wifo-Chef Aiginger oder die ÖVP-Bahngegner gegen den Weiterbau dieser Strecke und des Koralmtunnels. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter kommt ein Stopp dieses wichtigen Projektes aber nicht in Frage – er erteilt den Gegnern eine klare Absage: „Sowohl Bundeskanzler Werner Faymann als auch Infrastrukturministerin Doris Bures stehen ganz klar zu dieser Infrastrukturinvestition mit europäischer Dimension. Kleingeister und Nörgler

sollen sich an der Schweiz ein Beispiel nehmen, dort werden gerade gewaltige Bahnprojekte finalisiert.“ Der SPÖ-Bundesgeschäftsführer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Baustop gar nicht mehr möglich sei, da das Baulos für das mit 1,2 Milliarden budge-

tierte Kernstück „Kat 2“ bereits am 12. Oktober vergeben wurde.

Investitionen in die Zukunft

Auch Infrastrukturministerin Doris Bures steht entschlossen hinter dem Projekt Koralmtunnel. Die derzeit fahrende 100 Jahre alte Bahn sei nicht in der Lage, die Kapazitäten an Gütern, die jetzt auf der Straße transportiert werden, zu bewältigen. Anzustreben sei eine „Bahn des 21. Jahrhunderts“. Über den Bau der Koralmbahn sagte Bures daher: „Das sind Investitionen in die Zukunft, wenn wir in ein modernes, ökologisches Verkehrsmittel investieren.“

Der Baltisch-Adriatische Korridor ist eines der wichtigsten Verkehrsprojekte Europas. Damit werden Ostsee und Adria durch eine Hochleistungsstrecke verbunden. In Tunnelplanung und -bau wurde bereits eine Milliarde Euro investiert. ♦

VOLKSGRUPPENTAG

Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Schatz

Der Österreichische Volksgruppentag fand erstmals im Parlament statt, das zu einer Bühne der Vielfalt wurde. Im Fokus des Volksgruppentags stand die sprachliche und kulturelle Vielfalt, mit der die Volksgruppen unsere Gesellschaft und Demokratie bereichern.

Der Volksgruppentag bot ein buntes Programm: Vorträge, Filme und Podiumsdiskussionen gab es genauso wie Musik, Kunst, Theater und Literatur. Als besonders erfreulich wertete es Gastgeberin und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, dass nicht nur Expertinnen und Experten, sondern auch Jugendliche aus den Volksgruppen zu Wort kamen. Prammer betonte in ihren Begrüßungsworten zudem, dass „die Qualität einer Demokratie am Umgang mit ihren Minderheiten zu messen ist“. Sie hoffe, dass Österreich diesem Anspruch immer gerecht werden möge.

Staatssekretär Josef Ostermayer bekräftigte im Rahmen einer Podiumsdiskussion, dass das neue Volksgruppenrecht

gemeinsam mit den Volksgruppenvertretern erarbeitet werden soll. Derzeit beschäftigen drei Arbeitsgruppen im Bundeskanzleramt mit Maßnahmen zur Reform des Volksgruppenrechts. In Sachen Ortstafeln unterstrich der Staatssekretär, dass man einer Lösung „noch nie so nahe gewesen ist wie jetzt“.

Er erwarte eine Lösung der Ortstafelfrage bis spätestens 2012, so Ostermayer. Bundesministerin Claudia Schmied betonte in ihrem Impulsreferat die Bedeutung von Mehrsprachigkeit als „Stärke und Schatz unserer Gesellschaft“. Die Ministerin machte zudem deutlich, dass Gesprächskultur



Parlamentsdirektion

Lud erstmalig zum Volksgruppentag ins Parlament: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (v.l. Künstlerin Ulrike Truger, Kulturjournalistin Angelica Bäumer und Veranstaltungsteilnehmer).

und Wertschätzung für „alte“ und „neue“ Volksgruppen gleichermaßen wichtig seien. ♦

MEHRWEGFLASCHEN

Gut für's Börsel, gut für die Umwelt

Der Einsatz von Mehrweggebinden hilft Abfall und somit Kosten zu vermeiden. Die SPÖ fordert daher ein Bonus-Malus-System, das den Einsatz von Mehrwegflaschen fördert.



Die SPÖ will den Einsatz von Mehrwegflaschen durch ein Bonus-Malus-System attraktiver machen.

Für den verstärkten Einsatz von Mehrweggebinden gibt es – neben der geringeren Umweltbelastung – zahlreiche gute Argumente. Vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten profitieren vom Einsatz wiederverwertbarer Verpackungen. Beim Einsatz von Einweggebinden werden sie nämlich mehrmals zur Kassa gebeten:

1. Die Konsumenten zahlen jedes Mal wieder für die Herstellung einer neuen Flasche.
2. Für jede Flasche, die letztendlich Müll wird, muss eine ARA-Lizenzgebühr abgeführt werden, die dem Konsumenten weiterverrechnet wird.
3. Aufgrund der steigenden Anzahl von Einwegflaschen landen immer mehr davon

dort, wo sie nicht hingehören: im Restmüll oder sogar in der Umwelt. Es entstehen hohe Kosten für die Entsorgung.

All dies Kosten fallen bei Mehrweg nicht an, diese Flaschen können 20 bis 30 mal wiederverwertet werden.

Um den Einsatz von Mehrweggebinden attraktiver zu machen, fordert SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr daher ein Bonus-Malus-System, das den übermäßigen Verkauf von Einweggebinden finanziell schlechter stellt und Mehrwegflaschen fördert. Das würde auch heimischen Getränkeanbietern entgegenkommen, die nicht auf den Verkauf von Einweggebinden umgestiegen sind. Somit könnten bis zu 6.000 heimische Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. ♦

GESUNDHEIT

Menschen mit Behinderung erstmals unfallversichert

Behinderte Personen in Beschäftigungstherapie werden in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen.

Durch die Änderungen im 2. Sozialversicherungsänderungsgesetz werden erstmalig rund 20.000 Menschen mit Behinderung, die zum Beispiel in Tageswerkstätten tätig sind, unfallversichert. Personen in Beschäftigungstherapie erhalten keinen Lohn, sondern ein Taschengeld, das unter der Geringfügigkeitsgrenze liegt. „Auch in der Beschäftigungstherapie und auf dem Weg zur jeweiligen Einrichtung kann ein Unfall passieren. Bisher war diese große Personengruppe im Fall eines Unfalls ohne Versicherungsschutz. Das hat nun ein Ende“, so Gesundheitsminister Alois Stöger. Durch diese Gesetzesnovelle, die letzten Dienstag im Ministerrat beschlossen wurde, werden auch die Krankenversicherungsbeiträge für Inlands- und Auslands-pensionen gleichgestellt. ♦



20.000 Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, sind nun erstmals gesetzlich unfallversichert“.

KONSUMENTENSCHUTZ

„Cyber-Crime“ effektiver bekämpfen

Im Kampf gegen Internetkriminalität muss europaweit enger zusammengearbeitet werden, fordert SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier.

Das Internet macht vor nationalen Grenzen nicht halt. Eine erfolgreiche Bekämpfung von Internetkriminalität erfordert dringend transnationale Lösungen“, betont Maier. Um eine effektivere Bekämpfung zu gewährleisten, setzt sich Maier daher für die Schaffung eines europäischen Zentrums für Internetkriminalität ein, in dem Strafanzeigen zusammenlaufen und die Strafverfolgung europaweit koordiniert werden soll. Auch auf nationaler Ebene sieht Maier „dringenden Handlungsbedarf“ und fordert die Einrichtung eines Kompetenzzentrums im Bundeskriminalamt mit zentraler Meldestelle für Internetdelikte. Um gegen die rasant steigenden Fälle von sogenanntem „Identitätsraub“ im Internet vorzugehen, spricht sich der SPÖ-Konsumentenschutzsprecher außerdem dafür aus, dass dieser „endlich ein eigener Straftatbestand wird“. ♦

Konsumentenschutzsprecher
Johann Maier:
„Das Internet
macht vor nationalen
Grenzen nicht halt.“



SPÖ

EINKOMMENSTRANSparenZ

Ende der Geheimniskrämerei bei Gehältern

Mit 1. Jänner tritt das neue Gleichbehandlungsgesetz in Kraft, das unter anderem verpflichtende Einkommensberichte durch Unternehmen vorschreibt.



Frauen verdienen für dieselbe Arbeit immer noch deutlich weniger als Männer. Mit den verpflichtenden Einkommensberichten haben Frauen künftig ein Instrument an der Hand, um gegen ungerechte Gehaltsunterschiede vorzugehen.

Frauen verdienen in Österreich für die gleiche Arbeit immer noch deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen – eine Ungerechtigkeit, die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek aus der Welt schaffen will. Die Einkommenstransparenz,

die als Teil der Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz im Ministerrat beschlossen wurde, ist dabei ein erster wichtiger Schritt: „Mit der Einkommenstransparenz stoßen wir für Frauen eine wichtige Tür auf“, betonte die Frauenministerin. Nun müssten sich Betriebe endlich mit den Einkommensunterschieden zwischen ihren männlichen und weiblichen Mitarbeitern auseinandersetzen, so Heinisch-Hosek weiter.

Mehr Gerechtigkeit und Transparenz

Ab 1. Jänner müssen Betriebe mit mehr als 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erstmals verpflichtend Einkommensberichte vorlegen, ab 2012 folgen auch kleinere Unternehmen. „Damit ist der Weg

zu mehr Gerechtigkeit bei den Gehältern geebnet und die Geheimniskrämerei, wer wie viel verdient, wird endlich durchbrochen“, so SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm. Durch die verpflichtenden Einkommensberichte werde Frauen außerdem ein Instrument an die Hand gegeben, um gegebenenfalls gegen ungerechte Bezahlung in ihren Unternehmen vorzugehen, so Wurm weiter. Die im neuen Gesetz festgeschriebenen Anti-Diskriminierungsbestimmungen sehen weiters vor, dass in Stelleninseraten künftig die Bezahlung angegeben werden muss, welchen Kollektivvertrag die Unternehmen anwenden und ob sie bereit sind, mehr zu zahlen. Einen Wermutstropfen gibt es beim neuen Gesetz zur Einkommenstransparenz allerdings auch: Die Wirtschaft hat bei den Verhandlungen darauf bestanden, dass, wenn Arbeitnehmer Details über den Einkommensbericht an Medien weitergeben, der Arbeitgeber eine Verwaltungsstrafe von bis zu 1.500 Euro verhängen kann. „Die Wirtschaft muss sehr viel Angst vor den Einkommensberichten haben“, stellte Heinisch-Hosek dazu fest. ♦

FRAUEN

Schluss mit sexistischer Werbung

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sagt dem Sexismus in der Werbung den Kampf an.

Bei der Eröffnung der internationalen Fachtagung „Sexismus in der Werbung“ trat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek dafür ein, gesetzlich gegen Sexismus in der Werbung vorzugehen. „Die Werbung ist das Spiegelbild der gesellschaftlichen Einstellungen. Die dort gezeigten Bilder von Frauen bestärken eingefahrene Denkmuster und setzen sich über die Gleichstellung der Geschlechter hinweg“, erläuterte Heinisch-Hosek. In Gegensatz zu Ländern wie Kroatien oder Norwegen gebe es in Österreich jedoch – abgesehen vom Pornografieverbot – keinerlei gesetzliche Regelungen, die es verbieten, „Würde und Wert der Frauen“ abzuwerten – etwa durch Zweideutigkeiten oder alte Rollenklischees. Die einzige Mög-



lichkeit gegen sexistische Werbung vorzugehen, besteht in Österreich bisher darin, eine Beschwerde beim Werberat einzulegen – heuer waren es bereits 94. Das reicht der Frauenministerin nicht: „Ich diskutiere sehr ernsthaft darüber, klare gesetzliche Regelungen zu verankern“ – etwa im Gleichstellungsgesetz. Wichtig sei neben der Möglichkeit zur Sanktion auch die Schaffung positiver Anreize, so Heinisch-Hosek. Gemeinsam mit dem Österreichischen Werberat wurde bereits die Auslobung eines Preises für herausragende geschlechtergerechte Werbung vereinbart. ♦

Am 18. Oktober 2010 lud Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu der Internationalen Fachtagung „Sexismus in der Werbung“ ins Bundeskanzleramt.

Zeitgeschichte

Bruno Kreisky – Die Biographie

Der Autor Wolfgang Petritsch – jahrelanger Vertrauter Bruno Kreiskys – legt eine umfassende Biographie des größten österreichischen Staatsmannes vor.

Kreativität, Gestaltungswille – und der für ihn so typisch grantelnde Humor: Kreiskys widerspruchsvolle Persönlichkeit spiegelte sein außergewöhnliches Leben wider. Der weltoffene Intellektuelle prägte den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs. Wolfgang Petritsch hat sich jahrelang mit dem Phänomen Kreisky auseinandergesetzt. Als enger Mitarbeiter konnte er ungewöhnliche Einblicke in das Denken und Handeln des Portraitierten ge-

winnen. Er führte zahllose Interviews und Gespräche mit Weggefährten, mit Zeitzeugen und seinen Freunden. Daraus ist ein spannendes biographisches Mosaik entstanden, das Bruno Kreisky bislang unbekannte Facetten abgewinnt. So werden beispielsweise die Beziehungen zu Simon Wiesenthal und Hannes Androsch detailreich beschrieben. Eine umfassende Biographie zum hundertsten Geburtstag des legendären Politikers. ◆

Sachbuch

Die Welt nach 1945

Eine Sammlung von 14 spannenden Aufsätzen zum zweiten Teil des 20. Jahrhunderts. Schwerpunkt ist Asien, die aufsteigende Region dieser Periode.

Die beiden Historiker Helmut Konrad und Monika Stromberger, beide Professoren an der Universität Graz, legen mit diesem Buch den letzten Teil einer Reihe von acht spannenden Geschichtsbüchern vor, die die Zeit von 1000 bis 2000 porträtieren. Wie in den bisher vorliegenden Bänden aus der Reihe konzentriert sich das Buch auf die wirtschaftlichen und politischen Strukturen der einzelnen Regionen und ihre Vernetzungen untereinander. Ausgangs-

punkt dieses Bandes ist die Bipolarität der Weltgemeinschaft und deren Infragestellung durch die multipolaren Perspektiven nach dem Zweiten Weltkrieg. Asien, die jungen Nationalstaaten im Nahe Osten, die USA und Afrika, das neue Betätigungsfeld der asiatischen Supermächte, werden portraitiert. Die Beiträge werden sinnvoll ergänzt durch Chronologien, Karten – und Bildmaterial. Ein wertvolles Angebot an den interessierten Leser. ◆

Roman

Der Hass der Liebenden

Kann man einen Menschen lieben, den man für einen Mörder hält? Diese Frage stellen in ihrem packenden Kriminalroman Adolfo Bioy Casares und Silvina Ocampo.

In einem abgelegenen Hotel an der argentinischen Atlantikküste versammelt sich eine illustre Gesellschaft, darunter ein drogensüchtiger Arzt, ein rätselhafter kleiner Junge und zwei Schwestern, die den gleichen Mann lieben. Ein Mord geschieht, ein Sandsturm bricht kurz daraufhin los, das Hotel wird von der Außenwelt abgeschnitten. Eine drückende Atmosphäre des Misstrauens und der Bedrohung breitet sich aus. In der dämmrigen,

stickigen Enge sind Phantasie und Wirklichkeit kaum noch voneinander zu unterscheiden. Das einzige gemeinsame Werk der beiden Autoren erzählt von der Diskrepanz zwischen Schein und Sein und der zersetzenden Macht des Zweifels und spielt geschickt mit den Erwartungen des Lesers. Ein hintergründiger, anspielungsreicher Kriminalroman setzt sich auf amüsante Weise über die Regeln des Genres hinweg. ◆

 Stk.


Wolfgang Petritsch:
Bruno Kreisky – Die Biographie
Residenzverlag,
St. Pölten 2010; 20 S., 26,90 €

 Stk.


H. Konrad, M. Stromberger:
Die Welt im 20. Jahrhundert nach 1945.
Mandelbaumverlag,
Wien 2010; 368 S., 28 €

 Stk.


S. Ocampo, A. B. Casares:
Der Hass der Liebenden.
Verlag Manesse, Zürich 2010;
420 S., 26,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ROTE FALKEN

Junge gegen Rechts



Um der rechten Hetze der FPÖ entgegenzuwirken, hat die Jugendorganisation der Kinderfreunde die Roten Falken unter dem Motto „Kein Fingerbreit Faschismus“ eine Kampagne gegen Rechts gestartet.

Wie viele Menschen für hetzerische Politik empfänglich sind, haben die Wiener Landtagswahlen erschreckend deutlich gemacht. Der FPÖ ist es gelungen, mit dem bloßen Schüren von Ängsten und der Betonung vermeintlicher kultureller Unterschiede in der Bevölkerung Stimmen für sich zu gewinnen. Mit ihrer Kampagne wollen die jungen Sozialdemokraten der Roten Falken ein Zeichen gegen eine solche Politik setzen: „Nicht nur in Wahlkampfzeiten, immer und

überall sind rechtsextremistische Tendenzen zu bekämpfen. Strache und seine Partei, die offen mit rechtsextremen Symbolen und Codes spielen, dürfen in einer Demokratie keinen Platz haben“, fordert der Bundesvorsitzende der Roten Falken Michael Schininger. Die Kampagne soll vor allem Jugendliche ansprechen und ihnen deutlich machen, dass die FPÖ ihre „billige Politik“ auf dem Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft macht. „Wir rufen vor allem junge Menschen auf, Stellung zu beziehen und klar und deutlich zu zeigen, dass Faschismus keine Chance haben darf“, heißt es von Seiten der Roten Falken.



Kinderfreunde

Mit ihren Plakaten und Pickerln machten die Roten Falken auch im Wiener Wahlkampf klar, was sie von der Politik der Blauen halten.

Der Startschuss der Kampagne fiel pünktlich im Vorfeld der Landtagswahlen in der Steiermark und Wien. Bei verschiedenen Aktionen machten die Roten Falken mit ihren Plakaten und Transparenten darauf aufmerksam, was sie von der Politik der Blauen halten. Ihr Appell an die Wähler: „Kein Fingerbreit Faschismus! Keine Stimme für blaue Hetzer!“. Mehr Informationen unter: www.rotetfalken.at

KÄRNTEN, SALZBURG, STEIERMARK Erfolgreich: Die Bildungstalks in den Bundesländern



Seit September finden im Rahmen der „Österreich 2020-Zukunftsdiskurse“ Bildungstalks in den Bundesländern statt. Bei diesen Veranstaltungen werden die Anforderungen an eine moderne Schule ebenso diskutiert wie die Gestaltung eines Bildungssystems, das für bestmögliche Bildung sorgt.

Die Bildungstalks machten nach Oberösterreich und Vorarlberg – SPÖ Aktuell berichtete bereits darüber – zuletzt in den

Bundesländern Tirol, Salzburg, Steiermark und Kärnten Station. All diesen Veranstaltungen war eines gemeinsam: Das hohe Publikumsinteresse und die rege Beteiligung der Zuhörerinnen und Zuhörer an den Diskussionen. Beim Bildungs- und KulturTalk in Innsbruck, bei dem sich u.a. der Tiroler SPÖ-Klubobmann Ernst Pechlaner beteiligte, betonte Bundesministerin Claudia Schmied, dass weitere Bildungsreformen dringend umgesetzt werden müssen, um eine umfassende Modernisierung des Bildungssystems zu erzielen. Beim Bildungstalk im Salzburger Grödig, an dem auch Landeshauptfrau Gabi Burgstaller teilnahm, unterstrich die Bildungsministerin die Notwendigkeit ei-

nes neuen Lehrerdienstrechts und einer gemeinsamen neuen Lehrerausbildung.

Informative Diskussionen in der Steiermark und in Kärnten

Beim Bildungstalk in Graz konnten über 100 Gäste begrüßt werden. Mit dabei war u.a. die steirische Bildungslandesrätin Elisabeth Grossmann, die für ein Bildungssystem plädierte, das junge Menschen optimal auf das Leben vorbereitet. Ministerin Schmied schilderte die zahlreichen Bildungsreformen und betonte: „Die begonnenen Bildungsreformen müssen im Sinne der jungen Menschen entschlossen fortgesetzt werden“. Beim Klagenfurter Bildungstalk – mit Landeshauptmannstellvertreter Peter Kaiser am Podium – sprachen sich Ministerin Schmied und Kaiser unisono gegen eine Verländerung der Bildungskompetenzen aus.



Wildbild

Die Bildungstalks in den Bundesländern sind ein voller Erfolg. Im Bild: Der Bildungstalk in Salzburg, an dem neben Bildungsministerin Claudia Schmied u.a. auch Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller teilnahm.

STEIERMARK

Neue Koalition startet durch



Die neue steirische SPÖ-ÖVP-Koalition unter Landeshauptmann Franz Voves steht. Nach den Konflikten der letzten Jahre will man nun gemeinsam neu durchstarten.

Drei Wochen nach den Landtagswahlen in der Steiermark, bei denen Landeshauptmann Franz Voves gegen alle Prognosen den ersten Platz verteidigen konnte, haben sich SPÖ und ÖVP auf ein Regierungsabkommen geeinigt. Nach den Auseinandersetzungen in der letzten Legislaturperiode, in der die ÖVP Opposition in der Regierung betrieben hat, will man gemeinsam einen neuen Arbeitsstil finden. Voves ist zuversichtlich: „Ich bin überzeugt, es wird uns gelingen, weil wir uns der Verantwortung bewusst sind.“

Schwerpunkt des Koalitionsabkommens ist die Budgetkonsolidierung. Für 2013 strebt die Koalition ein Nulldefizit im Landesbudget an. Weitere Projekte sind u.a. eine Fünf-Prozent-Forschungsquote, die Förderung der Kreativwirtschaft und Jobs im Öko-Technologiebereich. Erstmals ex-



Das SPÖ-Team in der Regierung Voves II: LH Franz Voves, Klubobmann Walter Kröpfl, LR Siegfried Schrittwieser, LR Bettina Vollath und LR Elisabeth Grossmann.

plizit genannt ist der Bereich Migration. Voves wird das Regierungsabkommen mit seinem bewährten Team umsetzen: Neben Voves sind wieder Bettina Vollath, Elisabeth Grossmann und Siegfried Schrittwieser im Team. Die ÖVP stellt ebenfalls vier Landesräte, die FPÖ – auf-

grund der Proporzverfassung – einen. Erster Landtagspräsident wird der bisherige SPÖ-Landesrat Manfred Wegscheider. Neu geregelt wurden die Kompetenzen: So wandert z.B. das wichtige Finanzressort von der ÖVP zu Landesrätin Vollath. ♦

Gallhofer

BURGENLAND

Zukunftsforum: Beste Ideen ausgezeichnet



Die SPÖ Burgenland hat im Rahmen des 2010 gestarteten Zukunftsforums auch eine Online-Ideenbörse auf www.wirburgenländer.at

eingrichtet, um die Bevölkerung zum Mitdiskutieren einzuladen. Fazit: Das Zukunftsforum und die Ideenbörse waren ein voller Erfolg.

Bei insgesamt 48 Veranstaltungen und via Internet konnten weit über 10.000 Burgenländer erreicht werden. „Das war die breiteste Zukunftsdiskussion, die es im Burgenland überhaupt jemals gegeben hat. Wir haben damit einen Ideen-Pool aufgebaut, der unsere politische Arbeit bis 2020 mitbestimmen soll“, so Zukunftsforum-Gesamtkoordinator Christian Illedits, SPÖ-Klubobmann im burgenländischen Landtag. Nun wurden jene Teilnehmer, deren Ideen beim Online-Vo-

ting die höchsten Zustimmungen erreicht haben, zu einem gemütlichen Abendessen im Trausdorfer Heurigen Oleander eingeladen. Gemeinsam mit Landesrat Helmut Bieler und Christian Illedits konnten sie ihre Zukunftsvorschläge persönlich besprechen und diskutieren. Die Palette der eingesendeten Ideen

war groß: Von Bildung bis hin zu Sport und Gesundheit über Gemeinden und Pflege wurden viele Bereiche angesprochen. Illedits: „Das ist aber kein Endpunkt, sondern ein neuer Anfang. Die Diskussion mit der Bevölkerung wird weitergehen – wir wollen auf keine Idee verzichten!“ ♦



SPÖ Burgenland

Klubchef Christian Illedits (l.) und Landesrat Helmut Bieler (r.) mit den „Top-Ideenbringern“ Michael Hauser, Birgit Jungwirth, Bettina und Johann Pinter (v.l.)



Prader

„Herausforderung Frauenkörper“

Obwohl seit Adam und Eva klar ist, dass wir uns als Menschheit in zwei Geschlechter mit unterschiedlichen biologischen Funktionen aufteilen, wurde der Körper lange Zeit als ausschließlich männlich erforscht und behandelt. Dass Frauen aus Medizin und Wissenschaft über 2000 Jahre ausgeschlossen wurden, hinterließ Spuren: noch immer dominiert hier das männliche Denken und der Versuch, die Kontrolle über die Frau und ihren Körper zu behalten. „Gender Medicine“ ist darauf eine wichtige Antwort.

„Der weibliche Körper darf keine Projektionsfläche für Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung werden.“

Die gesellschaftlichen, sozialen und biologischen Unterschiede, aber auch die Benachteiligungen von Frauen im Bereich Gesundheit und Wohlbefinden sind in Zukunft in den Vordergrund zu stellen. Dies ist eine dringende Forderung. Nur acht Prozent der Frauen haben bisher z.B. den Nobelpreis für Medizin erhalten. Die Tendenz, dass Frauen beginnen, die gläserne Decke zu durchstoßen, ist langsam steigend. Ohne Rahmenbedingungen wie die Einführung von Frauen-Quoten in Führungsebenen wird eine Beschleunigung jedoch nicht erreichbar sein. Die spezielle Situation von Frauen hat die Wiener Stadtregerung sehr früh erkannt und mit einem Allparteienbeschluss für ein Frauengesundheitsprogramm reagiert.

Im Fokus stehen dabei Maßnahmen für sozial benachteiligte Frauen, wie Initiativen in Wohnungslosen- und Behinderten-Einrichtungen sowie spezielle Gesundheitsintegrationsmaßnahmen für Migrantinnen. Eine weitere wichtige Herausforderung ist das Thema „Body Politics“. Dies bezeichnet die unmittelbare Auswirkung gesellschaftlicher Frauen-Bilder auf das Körpergefühl von Mädchen und Frauen. Bereits Elfjährige geraten unter enormen Druck, einen perfekten, überschulenkten und gestylten Körper zu haben. Sie werden auch immer brutaler zur Zielscheibe von sexistischen Darstellungen. Die Auswirkungen sind klar ablesbar: Mehr als die Hälfte der 13-jährigen Mädchen lehnen ihren Körper ab und sehnen sich nach diversen Schönheitsoperationen, Schlankheitsspielen etc. Beunruhigend ist auch die Zunahme von Essstörungen und geringem Selbstbe-



Fotolia

Wien hat Vorbildwirkung im Bereich der Frauengesundheit. Das Wiener Frauengesundheitsprogramm kümmert sich speziell um sozial benachteiligte Frauen.

wusstsein. Der weibliche Körper ist zu einem boomenden Markt für teilweise unseriöse „Beauty-Docs“ geworden. Schönheits-OPs als Hauptpreis von Gewinnspielen auf den Markt zu werfen, ist der negative Gipfel dieses Trends und strikt zu bekämpfen. Zunahme und Zugänglichkeit von Pornos verunsichern immer mehr Mädchen zusätzlich in ihrem sexuellen Selbstverständnis.

Das zukünftige Engagement für Frauengesundheit muss daher in einer medizinischen, ethischen und gesellschaftspolitischen Rückeroberung des weiblichen Körpers liegen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass der Wert einer Frau an ihrer Persönlichkeit, Intelligenz und Leistung gemessen wird. Der weibliche Körper darf keine Projektionsfläche für Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung werden. Erfolgreich sind wir bereits gegen die auch hierzulande vorkommende weibliche Genitalverstümmelung im Einsatz. Schwerpunkte liegen außer-

dem in der besseren Information für Frauen über wichtige Gesundheits-Checks und medizinische Eingriffe. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Ärztinnen anders und teilweise besser kommunizieren als ihre männlichen Kollegen.

Integrierte, interdisziplinäre Versorgung, niederschwellige Angebote sowie Leitlinien, welche die psychosozialen Aspekte von Frauen berücksichtigen sind weitere wichtige Anliegen. Denn noch immer gilt: Das Private ist politisch und dies wird besonders über den Körper der Frau vermittelt. Frauengesundheit ist daher auf das Engste mit allen Politikfeldern verknüpft und nach wie vor ein wichtiger Gradmesser im gemeinsamen Kampf um bessere Geschlechterpolitik. ♦

Ao. Univ. Prof.in Dr.in Beate Wimmer-Puchinger ist Wiener Frauengesundheitsbeauftragte.

TERMINKALENDER

Dienstag, 26. 10.

Tag der offenen Tür im Parlament

Auch heuer lädt das österreichische Parlament am Nationalfeiertag unter dem Motto „Offenes Parlament“ zum Tag der offenen Tür. Zwischen 9 und 16 Uhr kann hinter die Kulissen der österreichischen Politik geblickt werden. Interessierte finden dabei die Möglichkeit zum Gespräch mit Mandatarinnen und Mandataren aller Fraktionen. Auch die Präsidenten von National- und Bundesrat werden vor Ort sein, um sich mit den Bürgern zu unterhalten. Ein Rundgang durch das prachtvolle Gebäude steht ebenso auf dem Programm, wie die Möglichkeit, sich über die „Demokratiewerkstatt“ zu informieren. Weitere Informationen:

www.parlament.gv.at

9 bis 16 Uhr

Parlament

Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1010 Wien

Tag der offenen Tür im Bundeskanzleramt

Am Nationalfeiertag heißt auch das Bundeskanzleramt alle Bürger zum Tag der offenen Tür willkommen. Von 12 bis 16 Uhr besteht die Möglichkeit u.a. Bundeskanzler Werner Faymann, Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Staatssekretär Josef Ostermayer zu treffen. Neben der Besichtigung der Prunk- und Repräsentationsräume können auch die Ausstellungen „Zeichen der Zeit“ und „In guter Verfassung – 90 Jahre Bundesverfassung“ (Palais Porcia, Herrngasse 23, 1010 Wien) besucht werden. Zudem gibt es „55 Jahre Österreich in Bildern“ sowie die Schau „Das offene Bundeskanzleramt“ zu bewundern. Im Servicecenter er-

hält man Informationen über die Bürgerkarte und die Vorteile von E-Government. Weitere Informationen: **www.bka.gv.at**

9 bis 16 Uhr

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2, 1010 Wien

Samstag, 30. 10. bis Dienstag, 2. 11.

Seminar

Schon zum 19. Mal veranstaltet die Sozialistische Jugend die „Bildungswerkstatt“ (kurz: BiWe). Heuer wird sie wieder im Jugendgästehaus Cap Wörth in Velden (Kärnten) stattfinden. Über 250 Jugendliche setzen sich in vierzehn verschiedenen Workshops mit Themen auseinander, die in der Schule zu kurz kommen. Von Armutsbekämpfung über Rechtsextremismus bis zu Grafik- und Schülerzeitungs-Workshops reicht das Angebot. Information und Anmeldung unter

Tel.: 01/523 41 23 oder unter

office@sjoe.at, www.sjoe.at

Beginn: 18.30 Uhr

Kosten: Neue SJ-Mitglieder: € 20,-

SJ-Mitglieder: € 38,-

Nichtmitglieder: € 55,-

Jugendgästehaus Cap Wörth

Seecorso 37, 9220 Velden

Montag, 1. 11.

Gedenken

Auf dem Wiener Zentralfriedhof findet am 1. November der traditionelle Gedenkmarsch des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der sozialdemokratischen Organisationen zum Gedenken an die Opfer des Faschismus statt. Beim „Mahnmal für



Freiheitskämpfer

Am 1. November wird alljährlich den Opfern des Faschismus gedacht.

die Opfer des Faschismus 1934 -1945“ wird der Wiener LandesparteiSekretär, LAbg. Christian Deutsch, sprechen. In der Gedenkstätte der Gruppe 40 wird der Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, BM a.D. Rudolf Edlinger, der Opfer der NS-Justiz 1938 – 1945 gedenken.

Treffpunkt: 9 Uhr

9.30 Uhr Beginn des Gedenkmarsches

Zentralfriedhof,

2. Tor, 1110 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.karlwatchblog.at

Der ÖVP-Unipolitik auf die Finger geschaut

Zugangsbeschränkungen, Studiengedöhen und schlechte Studienbedingungen sind Themen, die Österreichs Studierende auch abseits der Uni-Proteste beschäftigen. Der VSSStÖ hat aus diesem Grund den sogenannten „Karl-Watchblog“* eingerichtet, um die Hochschulpolitik der ÖVP kritisch zu beleuchten. Neben der laufend aktualisierten Dokumentation zur „Namenspatronin“ der Webseite finden

sich dort auch ausführliche Dossiers zur Politik ihrer Amtsvorgänger Hahn und Gehr. Ebenso versteht sich die Seite als Forum zur Ausarbeitung neuer Ideen und Konzepte für einen offenen und freien Hochschulzugang. ♦

*Watchblogs (engl. „to watch“ = aufpassen, beobachten) sind Webseiten, auf denen die Handlungen von Personen, Firmen oder Institutionen aufgelistet und kritisch kommentiert werden.





Junge Kunst

Schülerinnen und Schüler der Volksschule Hanreichgasse und des College für Berufsorientierung an der Jochbergengasse waren vor kurzem bei Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer zu Besuch. Präsentiert wurden von den jungen Künstlern zehn bunte Bildtafeln zum Thema „Toleranz“.



Sichere Straße

Verkehrsministerin Doris Bures hat vor kurzem das erste „Alkohol-Interlock“-Pilotprojekt präsentiert. Diese automatischen Wegfahrsperrn, die über die Atemluft der Lenker eine Alkoholisierung erkennen, sorgen für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen.



Große Personale

Im Beisein der Künstlerin VALIE EXPORT wurde unlängst eine umfassende Personale im Belvedere eröffnet, die der renommierten österreichischen Medienkünstlerin gewidmet ist. Im Bild v.l.n.r.: Staatssekretär Josef Ostermayer, VALIE EXPORT, Kulturministerin Claudia Schmied und Belvedere-Direktorin Agnes Husslein-Arco.